

Sozialökologische Wende als Teil gewerkschaftlicher Reformstrategie

Klaus Wiesehügel, geb. 1953 in Mülheim/Ruhr, Lehre als Betonbauer, Gewerkschaftssekretär, war Beauftragter des Bundesvorstands der IG Bau-Steine-Erden für den Aufbau der Gewerkschaft in den neuen Bundesländern. Im Oktober 1991 wurde er in den Bundesvorstand der IG BSE, der heutigen Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, gewählt. Seit November 1995 ist er deren Vorsitzender.

Gewerkschaften beanspruchen grundsätzlich für sich, Reformbewegung zu sein. Ihrem Handeln liegt die Leitidee der sozialen Gerechtigkeit zugrunde, der gewerkschaftliche Anspruch, die Arbeits- und Lebensverhältnisse sowohl sozial als auch demokratisch zu gestalten.

Rückblickend kann man sicherlich festhalten, daß dies den Gewerkschaften größtenteils gelungen ist. Vor allem der Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland wäre ohne die Entfaltung gewerkschaftlicher Gestaltungskraft, die sich auch aus den Erfahrungen der Zeit vor 1945 entwickelte, nicht möglich gewesen. Angetreten waren die Gewerkschaften mit der Utopie eines sozialstaatlich verfaßten und politisch zivilisierten Kapitalismus. Daraus ist heute die soziale Demokratie geworden, die sich bis jetzt als ausreichend flexibel erwiesen hat, mit inneren Konflikten fertigzuwerden. Bis heute ist die soziale Demokratie die Folie, auf der der soziale Konsens hergestellt werden kann. Vor dem Hintergrund jahrelanger Massenarbeitslosigkeit, Internationalisierung der Wirtschaft, Globalisierung der Finanzmärkte und durchlässiger Arbeitsmärkte ist der soziale Konsens jedoch zunehmend brüchig geworden, das Sozialstaatsprojekt insgesamt gefährdet.

Die hierdurch neu aufgeworfene soziale Frage zwingt die Gewerkschaften in die undankbare Verteidigerrolle. Nun weiß jeder Fußballfan, daß die Zeiten des Mauerns vorbei sind: Heute werden die Spiele aus einer flexibel agierenden Viererkette und einem raumöffnenden Mittelfeld entschieden. Die mann- und raumdeckenden Aufgaben dürfen dabei nicht vernachlässigt werden, denn sonst läßt sich das eigene Tor nicht sauberhalten. Gerade dieser raffinierte Wechsel zwischen Angriff und Verteidigung, zwischen Öffnen und Schließen der Räume hat dem Fußball zu neuer Attraktivität verholfen. Wer nur mauert, wird erst ein gellendes Pfeifkonzert ernten und dann seine Zuschauer verlieren. Auch moderne Gewerkschaftspolitik muß heute darauf bedacht sein, sowohl Räume zu öffnen und als auch zu schließen, um von der Defensive in die kontrollierte Offensive schalten zu können. Diese Taktik ist bei den Gewerkschaften, ähnlich wie bei den Mannschaften der Bundesliga, unterschiedlich entwickelt.

Es ist sicherlich richtig, daß die nun seit 15 Jahren anhaltende Massenarbeitslosigkeit kein gutes Umfeld für mutiges Experimentieren liefert. Dazu kommt die Westintegration durch die Europäische Union, die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes, die den Unternehmen grenzenlose Möglichkeiten eröffnet. Der radikale Arbeitsplatzabbau hierzulande zeugt davon. Wenn sie überhaupt existiert, die unternehmerische Verantwortung, so definiert sie sich zumindestens nicht mehr im Rahmen von Nationalstaaten. Alle Strategien, die dies nicht zum Ausgangspunkt ihres Handelns machen, müssen notwendigerweise daran scheitern.

Dies gilt in gleicher Weise für die Umweltprobleme, die längst eine globale Dimension angenommen haben. Treibhauseffekt und Ozonloch seien hierfür stellvertretend genannt. Der grenzenlose Kostenwettbewerb im Rahmen des Prozesses der Globalisierung forciert die Zerstörung der Umwelt. Die Erdölausbeutung in Nigeria zerstört die Lebensgrundlage eines ganzen Volkestammes. In Weißrußland sind ganze Landstriche radioaktiv verseucht. Die grüne Lunge dieser Erde, der Regenwald, ist in die *Zange* genommen worden von Holzraubbau und Brandrodung, und in den sogenannten Tigerstaaten schreitet die Verseuchung des Wassers mit enormer Geschwindigkeit voran. Die globale Umweltzerstörung ist die andere Seite der Globalisierung. Zwar hat man sich ihrer in den Konventionen über den Schutz der Erdatmosphäre und der biologischen Vielfalt angenommen, ist aber über Bekenntnisse nicht hinausgekommen. Heute muß die soziale Vision, die ja noch in den meisten Ländern aussteht, verknüpft werden mit einer ökologischen Vision. Dies mag den einen oder anderen vielleicht überfordern, doch der Industriestandort Deutschland wird nur zu halten sein, wenn dem Lohn- und Ökodumping der Kampf angesagt und hierzulande eine ökologische Innovationsoffensive gestartet wird.

Keiner kann erwarten, daß die umweltpolitische Initiative ihren Ausgangspunkt jenseits der Industrieländer haben wird. Existenzangst macht nicht sensibel für Umweltprobleme. Daran wird natürlich auch hierzulande angeknüpft, wenn die Arbeitslosigkeit gegen den Umweltschutz ausgespielt wird. Daß diese Strategie verfängt, weist eindeutig auf gewerkschaftspolitische Defizite hin:

1. Es wird am überkommenen Wachstumsmodell festgehalten, obwohl seit längerem wirtschaftliches Wachstum kaum mehr Arbeitsplätze begründet.
2. Die Gewerkschaften organisieren in erster Linie diejenigen, die in Arbeit sind. Zum anderen besteht der Stamm der Mitglieder aus jenen, die die klassische Produktion tragen. Daraus ist eine beschäftigungspolitische Defensivstrategie entstanden, die auch unternehmenspolitisch konservierend wirkt.
3. So wie die Mitbestimmung heute angelegt ist, kann sich eine vorausschauende, innovative Betriebspolitik kaum entwickeln. Sie bleibt im Stadium des sozialen Interessenausgleichs stecken und erfüllt allenfalls eine Feuerwehrfunktion.

4. Der notwendige ökologische Umbau wird in dem Maße behindert, wie Unternehmen im Rahmen globaler Wirtschaftsprozesse sich diesem politischen Willen entziehen können. Die Gewerkschaften dieser Branchen stecken natürlich in dem Dilemma, mit diesen Entscheidungen umgehen zu müssen.

Nach wie vor steht Umweltschutz im Widerspruch zum „traditionellen“ Wohlstands- und Wachstumsmodell. Wachstumseinbrüche sind Wohlstandseinbrüche, die zu ungerechter Verteilung führen und - so will es die Logik der Verhältnisse - die Gewerkschaften in die Defensive zwingen: Die jetzt lebenden Mitglieder wünschen sich die Gewerkschaften als Anwalt der sozialen Gerechtigkeit. Der vorsorgende Umweltschutz ist aber vor allem eine Investition für zukünftige Generationen, also derjenigen, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind. Die geringe Bereitschaft von Jugendlichen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, trifft zwar nicht nur die Gewerkschaften, aber sie fehlen als Basis für deren politische Neuorientierung. Vielleicht erhöht aber eine glaubwürdige Umweltpolitik die Akzeptanz und die Bereitschaft zum Engagement.

Empirisch ist der Umweltschutz längst als positiver Standortfaktor ausgewiesen. Seit den siebziger Jahren sind dadurch neue Unternehmensfelder und Branchen entstanden. Derzeit liegt das Beschäftigenvolumen in ganz Deutschland bei etwa 700 000 Arbeitsplätzen. Die Beschäftigungsbilanz ist positiv, und dies soll sich laut DIW-Schätzung für die gesamten neunziger Jahre mit einem Nettoeffekt von 185 000 Beschäftigten fortsetzen. Ebenso ist belegt, daß die deutsche Industrie bei Umwelttechnik mit 21 Prozent eine führende Position auf dem Weltmarkt innehat. Selbst die Industriezweige mit einem höheren Umweltkostenanteil können keine Wettbewerbsnachteile nachweisen.

Neue Chancen ergeben sich, wenn die Hinwendung zum integrierten Umweltschutz angegangen wird. Hier über die Chancen zu reden, anstatt ewig die Risiken zu beschwören, scheint mir notwendig. Es deuten sich die gleichen Fehler wie bei der Technikdebatte an, wo vor lauter Risiken die Gestaltungsfragen nur unzureichend angegangen wurden. Jedenfalls haben wir die Angestellten nicht erreicht. Dies müßte den Gewerkschaften eigentlich Lehre genug sein!

Allerdings wirft die Diskussion um das Beschäftigungspotential im Umweltschutz auch die Frage nach den „Gewinnern“ und „Verlierern“ einer aktiven Umweltpolitik auf. Dabei handelt es sich um einen strukturpolitischen Umbruch, der zu Veränderungen bei den Arbeitsplätzen und der Qualifikation führt und Verschiebungen zwischen den Organisationsbereichen auslöst.

Dies hat natürlich auch organisationspolitische Bedeutung in einer Zeit, in der neue Mitglieder schwerer zu gewinnen sind, wie der Spagat zeigt, in dem sich die Gewerkschaften bereits jetzt in verschiedenen Fällen befinden.

Dies ist für die Gewerkschaften sicherlich unbequem, doch entscheidet der Umgang mit den ökologischen Fragen unserer Zeit auch, ob die Gewerkschaften ihren Anspruch, gesellschaftliche Reformbewegung zu sein, aufrechterhalten können. Deshalb muß dieser politische Anspruch auch durch Linere Reformen untermauert werden. Gerade aus diesem Anspruch heraus hätte es den Gewerkschaften gut angestanden, das Gutachten zur ökologischen Steuerreform und seine Auswirkungen auf die Beschäftigung in Auftrag zu geben. Nur: Der Initiator war Greenpeace. Gleiches gilt auch für die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, die im Auftrag vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Misereor erstellt wurde. Sie leidet gerade darunter, daß das Thema Arbeit offen geblieben ist und die soziale Gerechtigkeit hierzulande zugunsten eines unverbindlichen Postulats der „sozialen Fairness“ aufgegeben wurde. Hier einzusteigen, ist für mich eine gewerkschaftliche Aufgabe. Die Diskussion um die Zukunft der Arbeit und des Sozialstaates kann jedenfalls ohne die Diskussion um den ökologischen Umbau überhaupt nicht geführt werden.

Sozialökologisches Umsteuern birgt Chancen

Gerade im Zeitalter der Globalisierung müssen wir weltweit Zeichen setzen. Die Machbarkeit von ökologisch orientierter Produktionsweise müssen wir hier unter Beweis stellen. Es geht eben auch darum, ökologische Standards zu produzieren, die exportfähig sind. Es geht hier und jetzt um ein neues Wohlstandsmodell, das den heutigen und zukünftigen Generationen eine Perspektive bietet. Am Status quo festzuhalten, hieße hingegen, zwischen die Mühlsteine Sozialdumping und Ökodumping zu geraten. Aber dann wären wir bei der alten Strategie des Teilens und Herrschens: hier Arbeitsplätze - dort Umweltschutz.

Als Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) sind wir überzeugt, daß wir eine Innovationsoffensive in Richtung Ressourcenschonung und Energieeinsparung brauchen. Und wir brauchen die Hinwendung zu einem neuen Lebensstil, der nicht durch Verschwendung, sondern durch erhaltende Qualität geprägt ist. Tatsache ist dagegen, daß falsche politische Signale Zukunftsindustrien wie die Solartechnik aus dem Lande treiben. Dagegen wird z. B. in Japan die Solartechnik mit einem 30 000-Dächer-Programm massiv unterstützt. Wieder einmal wissen andere mit deutscher Spitzentechnik mehr anzufangen als wir hierzulande.

In den USA muß die Ausschöpfung aller Energieeinsparmaßnahmen nachgewiesen werden, bevor neue Kraftwerke überhaupt gebaut werden dürfen. Bei uns wird schon jede Diskussion um eine Energiesteuer abgewürgt. Noch hat die Bundesrepublik einen Vorsprung bei der Umwelttechnik. Ihn durch Prozeß- und Produktinnovationen auszubauen, muß heute unsere Aufgabe sein. Ein Anknüpfungspunkt kann hier das Kreislaufwirtschaftsgesetz sein, das die Hersteller industrieller Massengüter dazu verpflichtet, sich verbindlich mit der Entsorgung der verkauften Produkte zu befassen.

Die darüber mögliche ökologische Modernisierung birgt auch erhebliche Qualifikationschancen für die Beschäftigten. Vor allem geht es um recyclinggerechtes Konstruieren, um die Produkte demontagefreundlicher zu gestalten. Damit erhöht sich auch die Komplexität der Entwicklungs- und Konstruktionsaufgaben, die sich in Teamarbeit besser lösen lassen. Hier liegt eine Schnittlinie mit der bereits praktizierten gewerkschaftlichen Politik der Arbeitsgestaltung. Zugleich bietet sich über das Interesse an der Arbeit eine Ansprachemöglichkeit der Zielgruppe der Techniker und Ingenieure. Ohne die Beteiligung und Ansprache dieser Gruppe und der Entwicklung einer eigenständigen gewerkschaftlichen Umsteuerungspolitik bleibt jede sozial-ökologische Reformperspektive stecken.

Man kann sicherlich in diesem Zusammenhang beklagen, daß die betriebliche Mitbestimmung beim Umweltschutz kaum greift. Auch die bundesdeutsche Umsetzung der Europäischen Umwelt-Audit-Verordnung hat es vermieden, eine Beteiligung der Arbeitnehmer festzuschreiben. Dabei wird gerade beim Audit auf die ökologische Verantwortung der Beschäftigten gesetzt, wodurch den Betriebs- und Personalräten ein Anknüpfungspunkt gegeben ist. Allen mit Umweltfragen befaßten Gewerkschaften ist bewußt, daß hierüber eine aktive betriebliche Umweltpolitik entwickelt werden kann. Denn das Umwelt-Audit ist nicht nur eine Statuserhebung über die Berücksichtigung der betrieblichen Umweltbelange, sondern es zielt auf kontinuierliche Verbesserung ab. Damit werden sich zwangsläufig Veränderungen in den Arbeitsabläufen und den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten ergeben müssen. Wollen die Beschäftigten den Entscheidungen der Unternehmensleitungen nicht ausgeliefert sein, so müssen sie selbst im Rahmen der Umweltbetriebsprüfung eine aktive Rolle übernehmen. Dies läßt sich sowohl im Rahmen von Betriebsvereinbarungen als auch im Rahmen von Tarifverträgen angehen.

Ein erster Schritt in Richtung Öko-Tarifvertrag

Für uns als IG BAU, die traditionell eher mit klein- und mittelständischen Unternehmen zu tun hat, bietet sich als erster Schritt der Tarifvertrag an. Im Unterschied zur Betriebsvereinbarung haben Tarifverträge den großen Vorteil, mobilisierungsfähig zu sein, machen die Konfliktlinien deutlich und fördern zugleich den Konsens.

Seit dem Dezember 1994 existiert der erste Tarifvertrag „Ökologie, Qualitätssicherung und Arbeitsplatzgestaltung“, der für das kleine Segment Umweltschutz und Industrieservice in der Bauwirtschaft gilt. Es ist der Versuch, die bestehende Beteiligungslücke zu schließen und ein tarifpolitisches Signal zu setzen. Im einzelnen regelt der vorliegende Tarifvertrag Beratung, Qualifizierung, Beschwerde sowie die Beteiligung der Arbeitnehmer. In allen Abteilungen des Betriebes können zusammen mit dem Umweltausschuß bzw. mit dem Umweltschutzbeauftragten Beratungen durchgeführt werden. Ihr Ziel ist es „die Belegschaft und ihre Betriebsräte“ an den umweltschutz-

betreffenden betriebsinternen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Der Umweltausschuß hat neben dem Betriebsrat das Recht zu Betriebsversammlungen einzuladen. Zugleich wird das Vorschlagswesen um den Bereich „betrieblicher Umweltschutz“ erweitert. Jedem Arbeitnehmer wird ein Beschwerderecht eingeräumt, bei „begründetem Verdacht arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren oder Gefahr von beeinträchtigenden Umweltbelastungen durch die zu erbringenden Dienstleistungen sowie bei nicht menschengerechter Gestaltung der Arbeit“. Ergänzt wird das Beschwerderecht um ein Recht auf Leistungsverweigerung, wenn dem Arbeitnehmer Arbeiten übertragen werden, die „eine unmittelbare Gefahr für das Leben oder die Gesundheit“ bedeuten. Der Umweltschutz wird zudem zur beständigen Qualifikationsaufgabe erklärt und in die berufliche Erstausbildung integriert. Für Fortbildungsmaßnahmen besteht ein Freistellungsanspruch von fünf Arbeitstagen, der sich nicht nur auf die Mitglieder des Umweltausschusses erstreckt.

Kernstück des Öko-Tarifvertrags ist der Umweltausschuß. Er wird paritätisch durch Geschäftsleitung und Betriebsrat gebildet. Seine Aufgabe liegt darin, sich mit allen Fragen des betrieblichen Umweltschutzes zu befassen. Die Geschäftsleitung hat einen Umweltbericht abzugeben, der in diesem Gremium beraten wird. Er muß unter anderem die Investitionsmaßnahmen im Bereich Umweltschutz und der Umweltvorsorge beinhalten. Zur Verbesserung des betrieblichen Umwelt- und Gesundheitsschutzes hat der Ausschuß ein Initiativrecht. Er dient als Beschwerdeinstanz und initiiert Qualifizierungsmaßnahmen. Auch obliegt ihm ein Vetorecht bei Veränderung und Neueinführung von Produktionsprozessen und Produkten. „Der Umweltschutzausschuß hat Einspruchsrechte, sofern die Befürchtung besteht, daß durch diese Maßnahmen die Ökobilanz des Betriebes verschlechtert wird. Einsprüche sind in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat vorzubringen“, heißt es im Tarifvertrag.

In den Betrieben, die dem Geltungsbereich des Tarifvertrages unterliegen, wird ein Umweltschutzbeauftragter „im Einvernehmen mit dem Betriebsrat“ bestellt. Seine Aufgaben sind auf den vorsorgenden Umweltschutz gerichtet. Kommt er diesen Aufgaben nicht nach, kann er mit Zweidrittelmehrheit des Umweltausschusses und unter Zustimmung des Betriebsrates abberufen werden. Weitergehende Rechte können über Betriebsvereinbarungen formuliert werden.

Mit diesem Tarifvertrag ist ein Beteiligungsrahmen gezogen worden, der dem Betriebsrat bzw. dem Umweltausschuß die Rolle eines Umwelt-Co-Managements zuweist. Nicht der Konflikt, sondern die Vorsorge bildet das betriebliche Handlungsmuster. Initiativen des Betriebsrates sind ausdrücklich erwünscht und werden im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens auch am Arbeitsplatz gefördert. Sicherlich wären noch arbeitsplatznahe Arbeitskreise zur umweltgerechten Produkt- und Prozeßinnovation hilfreich. Sie müßten sich auf den ganzen Produktions- und

Arbeitsprozeß beziehen. In diese Richtung ließe sich der Öko-Tarifvertrag noch weiterentwickeln. Auch die Humanisierung der Arbeit könnte in Verbindung mit der Ökologisierung der Produktion neue Impulse erhalten. Belastungsfrei zu produzieren, weder Mensch noch Umwelt zu verschleifen, sollte im Mittelpunkt einer neuen Investitions- und Innovationspolitik stehen. Tarifverträge können diesen Prozeß anregen, flankieren und ihm eine dauerhafte Richtung geben. Deshalb müssen diesem ersten bescheidenen Öko-Tarifvertrag andere unbedingt nachfolgen, denn die Grenzen des Wachstums sind heute schon überschritten.

Bündnis von Arbeit und Umwelt

Als IG BAU sind wir überzeugt, daß es einen ökologischen Umbau der Industriegesellschaft ohne die Arbeitnehmer nicht geben kann. Sie sind die Experten ihres Arbeitsprozesses. Ihre Kreativität sowie Erfahrung nicht nutzen zu wollen, hieße, sie in das Lager der Reformgegner zu treiben. Nur im Bündnis von Arbeit und Umwelt läßt sich die auf Kosteneinsparung abzielende und damit arbeitsplatzvernichtende Standortdebatte in Richtung einer sozial-ökologischen Erneuerungsstrategie aufbrechen. Die Kooperation mit der Ökologiebewegung muß an dieser Stelle gesucht werden, um zu neuen Lösungen zu kommen und von den jeweils anderen Erfahrungen zu lernen. Jede Konfrontationsstrategie hingegen führt nur dazu, daß sich jede Seite einmauert.

Das Bündnis von Arbeit und Umwelt liegt unserer neuen Gewerkschaft IG Bauen-Agrar-Umwelt zugrunde. Es mag dem einen oder anderen Gewerkschaftstraditionalisten nicht gefallen, daß die Umwelt für unsere Gewerkschaft den neuen strategischen Ausgangspunkt unserer Politik bildet. Doch erheben wir damit keinesfalls einen Alleinvertretungsanspruch für die Umwelt. Wir fühlen uns allein in unseren Organisationsbereichen kompetent. Die Integration des Umweltschutzes in die gesamte Gewerkschaftspolitik ist aber die notwendige Voraussetzung, um überhaupt eine sozial-ökologische Reformperspektive einschlagen zu können.

Als IG Bauen-Agrar-Umwelt sehen wir uns in der Rolle des Moderators zwischen Arbeit und Umwelt. Wir wollen ein Forum bieten für einen fruchtbaren Dialog zwischen beiden Seiten. Dafür haben wir mit der Fusion der beiden Gewerkschaften IG Bau-Steine-Erden und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) eine wichtige Grundlage geschaffen. Zwar sind viele Mitglieder der Naturschutz- und Umweltorganisationen Mitglied in der GGLF gewesen, doch blieben sie hier im grünen Bereich unter ihresgleichen. Nun haben sie den Weg in eine Industriegewerkschaft gefunden, womit auch die organisatorische Basis für einen industriepolitischen Dialog zum ökologischen Umbau geschaffen worden ist. Ihn zu entwickeln und voranzutreiben, wird unsere Aufgabe sein.

Wir hoffen, auch jener unheiligen Allianz begegnen zu können, die für das Bauen so symptomatisch ist: Auf der einen Seite die Planer, die sich der tech-

nischen Faszination des Bauens verschrieben haben, und auf der anderen jenen Naturschützern, die sich um Ausgleichsmaßnahmen zu kümmern haben. Dabei hat heute der Naturschutz ein Stadium erreicht, an dem nicht mehr an erster Stelle der Schutz der Natur steht, sondern das Wirtschaften im Einklang mit der Natur. Naturschutz muß sich heute einmischen und querschnittsorientiert Eingang in sämtliche relevanten Wirtschaftsbereiche finden. Auf dieser Basis scheint es uns möglich, ein Leitbild für nachhaltiges Bauen zu entwickeln. Zunächst geht es einmal darum, uns in die Planungsverfahren einzumischen. Denn hier entscheidet sich, was später die Bauarbeiter auszuführen haben. Es geht darum, bereits im Planungsprozeß nach intelligenten Lösungen zu suchen. Gerade weil viele Mitglieder von Naturschutzorganisationen jetzt in der IG BAU organisiert sind, haben wir gute Voraussetzungen dafür. Einmal ist fachliche Kompetenz auf beiden Seiten vorhanden, zum zweiten wollen wir den gemeinsamen Lernprozeß organisieren und praktisch werden lassen.

Leitideen für die veränderte Planung sind:

- Wer Arbeiten und Wohnen zusammenbringt, spart Verkehr.
- Wer seine hauptsächlich genutzten Wohnräume nach Süden ausrichtet, spart Energie.
- Wer die Straßen schmaler baut, versiegelt weniger Boden und reduziert die Geschwindigkeit.
- Wer von der Kanalisierung der Flüsse abläßt und Überschwemmungswiesen einplant, verringert Hochwassergefahren.
- Wer dem ökologischen Landbau zum Durchbruch verhilft, erhöht die Artenvielfalt und erhält gesunde Lebensmittel.

Aber wir brauchen auch ein Stoffmanagement, das den gesamten Stoffkreislauf ins Auge faßt. Es macht keinen Sinn, dem jeweiligen Schadstoff der Woche hinterherzulaufen und die jeweiligen Schutzmaßnahmen festzulegen. Das demnächst geltende Kreislaufwirtschaftsgesetz muß dazu benutzt werden, die Baustoffe in Richtung ihrer ökologischen Verträglichkeit zu bewerten. Zugleich muß ein Schwerpunkt auf eine wiederverwendungs- und in zweiter Linie eine wiederverwertungsgerechte Konstruktion gelegt werden.

Der Grundsatz für unsere Arbeit heute muß lauten: Die Lebensgrundlagen erhalten, die Arbeit gestalten, die Arbeitsplätze sichern.

Mut zur Vision

Unzweifelhaft wird es Konflikte geben. Doch dabei muß der Wille zur Lösung im Mittelpunkt stehen. Dort, wo Veränderungen des Produktionsprozesses oder der Produkte notwendig werden, müssen wir frühzeitig nach den betreffenden Alternativen suchen. Gerade in dem Maße, wie Qualitäts- und Umweltmanagement in den Betrieben um sich greifen, sehen wir gute Chancen, diesen Prozeß voranzutreiben. Und hier schließt sich auch der Kreis zu unserem ersten Öko-Tarifvertrag, dem weitere folgen müssen: Die alte

- aber heute besonders aktuelle - Vision der sozialen Gerechtigkeit ist um die umweltgerechte Wirtschaftsweise zu ergänzen. Soziale Gerechtigkeit und vor allem der Ausgleich zwischen Nord und Süd läßt sich nicht herstellen, wenn die natürlichen Lebensgrundlagen insgesamt gefährdet werden. Eine umweltgerechte Produktionsweise läßt sich nicht herstellen, wenn ihr die Armut im Wege steht.

Als die Gewerkschaften im vorigen Jahrhundert der sozialen Ungleichheit den Kampf ansagten, waren die Erfolgsaussichten mehr als ungewiß. Trotz politischer Unterdrückung und Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse wurde dieser Aufbruch gewagt. Die soziale Demokratie heute - bei all ihren Unzulänglichkeiten, ist die Belohnung für den Mut unserer Vorväter. Diesen Mut unserer Ahnen wünsche ich mir für den sozial-ökologischen Umbau. Die Bedingungen sind ungleich günstiger, weil die Emanzipation der Arbeitnehmer weit fortgeschritten ist und es ohne ihre Kreativität und Erfahrung nicht geht. Aber ebenso wird die gewerkschaftliche Gestaltungskraft gebraucht, ohne die sich verbindliche nachvollziehbare Regeln für den ökologischen Umbau nicht entwickeln lassen. Wir müssen uns von den notwendigen Veränderungen leiten lassen. Durch das Beweinen der Verluste läßt sich nicht erfahren, was zu gewinnen ist.

Für die Gewerkschaften sollte gelten, was der Soziologe Karl-Otto Hondrich über die Demokratie schrieb: „Die Klugheit oder Lernfähigkeit der liberalen Demokratie liegt nicht - jedenfalls nicht nur - im Kompromiß, sondern darin, daß sie Alternativen herausbildet, ausprobiert, verwirft und wieder neu ansetzt.“